FileNr:44|id:HB051004200|date:2010-05-04|source:HB|title:Es gibt eine Alternative zur Neuverschuldung

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

EU und IWF sollten nur so viel neue Kredite gewaehren, wie die Glaeubiger alte abschreiben Stellen Sie sich nur mal vor, der Staat Griechenland haette Sie gebeten, ihm eine bestimmte Summe fuer fuenf Jahre zu leihen. Was wuerden Sie tun, wenn Sie sich grundsaetzlich in der Lage saehen, den Kredit zu gewaehren? Sie wuerden sich vermutlich zunaechst die griechischen Staatsfinanzen genauer anschauen. Dabei wuerden Sie feststellen, dass die Staatsschuldenquote in den Jahren von 2000 bis 2008 relativ konstant bei 100 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) verharrte, aber im laufenden Jahr auf 125 Prozent hinaufschiesst. Vor diesem Hintergrund wuerde es Ihnen nicht unvernuenftig erscheinen, die Entwicklung - allen derzeitigen Sparversprechungen zum Trotz - zu extrapolieren und fuer das Jahr 2015 eine Quote von mindestens 150 Prozent zu erwarten. Sie wuerden vermutlich mit einem Zinssatz von mindestens sechs Prozent kalkulieren, woraus sich durch einfache Multiplikation von sechs und 1,5 ein Zinsendienst von neun Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) errechnet.

Wird Griechenland auf Dauer in der Lage sein, neun Prozent vom BIP aus seinem Steueraufkommen fuer den Zinsendienst abzuzweigen, werden Sie sich fragen. Ihnen werden sicherlich Zweifel kommen angesichts der griechischen Steuerquote von knapp ueber 20 Prozent. Diese Quote muesste um mindestens drei Prozentpunkte zulegen, um allein den Anstieg der Staatsverschuldung von 100 auf 150 Prozent bei sechs Prozent Zinsen bedienen zu koennen. Ob aber eine Bevoelkerung auf Dauer bereit ist, ganze neun Prozent vom BIP nur fuer Zinsen auf Altschulden aufzubringen, mag man zu Recht mit einem Fragezeichen versehen.

Aehnliche Ueberlegungen muessen die Ratingagenturen angestellt haben, als sie die Kreditwuerdigkeit Griechenlands herabstuften. Sie sind deswegen nicht zu schelten. Haetten sie es nicht getan, haetten sie ihre Existenz infrage gestellt. Das Gedankenspiel zeigt auch, dass die Probleme Griechenlands nicht im Euro wurzeln. Ohne Euro wuerden die Kreditgeber die gleichen Ueberlegungen zur griechischen Kreditwuerdigkeit anstellen. Der einzige Unterschied bestuende darin, dass Griechenland sich nicht notwendig in Euro verschulden muesste. Es koennte Kredit auch in Drachmen aufnehmen. Dabei wuerde es aber mit einem hoeheren Zinssatz kalkulieren muessen. Der Zuschlag muesste eine angemessene Kompensation fuer das Risiko der Abwertung der Drachme gegenueber dem Euro darstellen. Das bedeutet: Eine Abwertung der Waehrung mag zwar einem Land bei Arbeitsmarktproblemen helfen, indem ueberzogene Lohnabschluesse neutralisiert und eine verlorengegangene internationale Wettbewerbsfaehigkeit wiedererlangt wird. Eine Abwertung kann aber einen Staat allenfalls dann von seiner Schuldenlast befreien, wenn die Abwertung fuer die Glaeubiger ueberraschend kommt.

Die Lage, in der sich der deutsche Staat befindet, unterscheidet sich in finanzieller Hinsicht nicht von der des Privatmannes, der Griechenland Kredit gewaehren soll. Die Lage unterscheidet sich lediglich in politischer Hinsicht. Deutschland und Griechenland sind befreundete Laender, die sich durch europaeische Vertraege verbunden fuehlen und deren Beziehungen niemand ohne politische Folgekosten beschaedigt. Daher kam Deutschland nicht umhin, Griechenland zu helfen. Die Solidaritaet mit Griechenland hat aber Grenzen. Sie gilt insbesondere nicht den privaten Glaeubigern, die Griechenlands Marsch in die Staatsverschuldung finanziert haben. Deshalb ist folgende Politik angezeigt: Deutschland und seine europaeischen Partnerlaender geben Griechenland Kredit hoechstens in dem Umfang, in dem die privaten Glaeubiger bereit sind, Kreditforderungen abzuschreiben. Das Ziel der Umschuldung waere, die griechische Staatsschuldenquote nicht weiter ansteigen zu lassen. Der deutsche Steuerzahler sollte der hier geforderten Politik zustimmen koennen. Er koennte berechtigterweise hoffen, dass Griechenland die vom deutschen Staat gewaehrten Kredite ordnungsgemaess bedient. Schliesslich konnte Griechenland seine Staatsschulden bis zuletzt bedienen, und die Krise entstand nur dadurch, dass Zweifel an der Faehigkeit Griechenlands existieren, eine explodierende Neuverschuldung ordnungsgemaess zu bedienen. Die privaten Kreditgeber waeren natuerlich weniger gluecklich und wuerden sicherlich groessten Widerstand leisten. Die Abschreibung von Kreditforderungen koennte sogar in all solchen Faellen problematisch sein, in denen die privaten Glaeubiger wie z.B. Banken von systemischer Bedeutung sind. Der deutsche Staat waere also im nationalen Bereich zum Handeln gezwungen. Die finanzielle Unterstuetzung fuer eine Bank von systemischer Bedeutung ist aber ordnungspolitisch eher zu rechtfertigen als die finanzielle Unterstuetzung fuer einen fremden Staat, der seinen Haushalt nicht im Griff hat. Der Autor ist Professor an der TU Dortmund. Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ